



VLJ-BW | c/o FDP Baden-Württemberg | Rosensteinstr. 22 | 70191 Stuttgart

# Einladung

Liebe Mitglieder und Freunde der Vereinigung Liberaler Juristen,

zu unserer Kooperationsveranstaltung mit dem Bundesverband der VLJ zum Thema

## Das wird man doch wohl noch sagen dürfen!?

Meinungsfreiheit und Strafverfolgung von  
Hassrede im Netz

lade ich Sie herzlich ein. Mit dabei sind **Thomas Offenloch**, Richter des Bundesverfassungsgerichts, **Julia Goll** MdL, stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, sowie **Dr. Theodor Lammich**, Rechtsanwalt (GSK Stockmann) und Vorsitzender der Studentischen Initiative Hochschuldialog e.V. Details zum Ablauf und dem Thema entnehmen Sie bitte dem Programm anbei.

Die Veranstaltung findet statt am

**Freitag, 6. Februar 2026, ab 18 Uhr**  
im Deutsch-Französischen Kulturinstitut Tübingen,  
Doblerstraße 25, 72074 Tübingen

Eine Anmeldung bis zum 3. Februar 2026 unter  
[vorstand@liberalejuristen-bw.de](mailto:vorstand@liberalejuristen-bw.de) ist erforderlich!

Mit besten Grüßen - auch im Namen des gesamten  
Vorstands

Ihre

Stefanie Assmann, Vorsitzende

Vereinigung Liberaler Juristen in  
Baden-Württemberg  
c/o FDP Baden-Württemberg  
Rosensteinstraße 22  
70191 Stuttgart  
Postfach 10 15 52  
70014 Stuttgart

Tel. (0711) 666 18 - 0  
Fax (0711) 666 18 - 12

[vorstand@liberalejuristen-bw.de](mailto:vorstand@liberalejuristen-bw.de)

[www.liberalejuristen-bw.de](http://www.liberalejuristen-bw.de)

Vorsitzende:  
**Stefanie Assmann**  
Rechtsanwältin

1. Stellvertreterin:  
**Sintje Leßner**  
Präsidentin des  
Landesjustizprüfungsamtes

2. Stellvertreter / Schatzmeister:  
**Florian Diekmann**  
Präsident des LG Rottweil

Beisitzer:

**Achim Bächle**  
**Jan Dietzel**  
**Julia Goll MdL**  
**Dr. Timur Lutfullin**  
**Dr. Christine Rex**  
**Simon Schlicksupp**  
**Nico Weinmann MdL**

Bankverbindung:  
Baden-Württembergische Bank  
Konto-Nr.: 27 148 06  
BLZ: 600 501 01

Vereinsregister Nr. VR 720589  
Amtsgericht Stuttgart



# Programm

## Herzlich Willkommen

*Stefanie Assmann*, Vorsitzende der VLJ-BW

*Philipp Kratzer*, Mitglied im Bundesvorstand der VLJ

## Impuls: Hat Vance Recht? Ist die Meinungsfreiheit bei uns in Gefahr?

*Thomas Offenloch*, Richter des Bundesverfassungsgerichts

## Podiumsdiskussion

*Julia Goll MdL*, stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

*Dr. Theodor Lammich*, Rechtsanwalt und Vorsitzender der Studentischen Initiative Hochschuldialog e.V.

*Thomas Offenloch*, Richter des Bundesverfassungsgerichts

*Simon Schlicksupp*, Moderation

## Über die Referenten

**Julia Goll** MdL ist stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Sie war zuvor als Richterin am Landgericht Stuttgart tätig. **Thomas Offenloch** war 2013-2023 Richter am Bundesgerichtshof. Seit 2023 ist er Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Er ist dort insbesondere zuständig für Strafrecht und Strafverfahrensrecht sowie Parteienrecht. **Dr. Theodor Lammich**, LL.M. (Edinburgh), ist Rechtsanwalt (GSK Stockmann) und Lehrbeauftragter an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Darüber hinaus ist er Vorsitzender der Studentischen Initiative Hochschuldialog e.V., die sich für Freiheit und Pluralität in der Wissenschaft einsetzt. Im Jahr 2022 hat er zum Thema „Fake News als Herausforderung des deutschen Strafrechts“ promoviert.

## Zum Thema

Soziale Medien sind heute der zentrale Ort politischer Debatten. Noch nie konnten so viele Menschen ihre Meinung öffentlich äußern – und zugleich waren Beleidigungen, „fake news“ und gezielte Hetze noch nie so sichtbar und präsent. Um der Verrohung der politischen Auseinandersetzung entgegenzuwirken und die demokratische Öffentlichkeit zu schützen, setzen der Gesetzgeber und die Justiz in den letzten Jahren auf einen intensiveren Gebrauch des Strafrechts: über Verschärfungen von Straftatbeständen wie der Volksverhetzung (§ 130 StGB) oder Politikerbeleidigung (§ 188 StGB), Hausdurchsuchungen bei Beschuldigten bis hin zur Ermöglichung der Entziehung der Wählbarkeit. Hierdurch entsteht ein Spannungsfeld zwischen dem Schutz vor sogenannter Hassrede und dem Schutz der Meinungsfreiheit vor staatlichen Eingriffen. Ist die Meinungsfreiheit heute stärker durch Hass und Hetze gefährdet – oder durch Strafrecht und Regulierung? Darüber möchten wir mit unserem Podium sprechen – und mit Ihnen!